

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

6.10.1931 (No. 232)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshaus
Nr. 253
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Rabatztabelle gilt und veröffentlicht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Vertreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Benutzungsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung der Niederlande

Der zum Königl. Niederländischen Vizekonsul in Mannheim ernannte Herr Victor Schouteten ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Vor der Umbildung der Reichsregierung

Rücktrittsgesuch des Reichsaußenministers

W.B. Berlin, 6. Okt. (Tel.) Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, hat am Samstag, den 3. Oktober, an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

„Berlin, den 3. X. 1931.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

In der Unterredung, die mir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden wollte. In unserer Besprechung blieb die Frage des Zeitpunktes und der Form offen.

Ich halte es nunmehr allseits für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Curtius.

Der Reichsaußenminister wurde heute mittag vom Reichspräsidenten empfangen.

Die Pläne Brüning

W.B. Berlin, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat der Kanzler als erster nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten die Besprechungen über die Umbildung des Reichskabinetts aufgenommen. Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, ob morgen eine formelle Demission erfolgt, oder ob nur die Minister zurücktreten, die dem umgebildeten Kabinett nicht angehören werden. Was bisher darüber gemeldet wurde, ist um so weniger authentisch, als der Kanzler selbst über seine Pläne im einzelnen sich noch nicht geäußert hat. Sicher ist nur, daß das neue Kabinett noch mehr als bisherige ein ausgesprochenes Präsidialkabinett sein wird, d. h., daß Dr. Brüning Männer berufen will, die das besondere Vertrauen des Reichspräsidenten haben.

Es ist anzunehmen, daß er hierbei besonders an die führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft denkt. Gerücheweise verlautet allerdings, daß die beiden Kandidaten, die bisher genannt wurden, Direktor Schmitz und Prof. Warnebold, nicht mehr in Frage kommen. Dafür wird immer mehr der Name Dr. Bügelers genannt. Ob Dr. Brüning mit ihm bereits Fühlung genommen hat, ist jedoch nicht bekannt. Man rechnet damit, daß die Entwicklung verhältnismäßig schnell vor sich gehen wird, so daß das umgebildete Kabinett vielleicht schon am Donnerstag fertig ist. Heute ist der Kanzler naturgemäß noch durch die Notberodnung stark in Anspruch genommen. So ist um 11 Uhr vormittags in der Reichskanzlei die vertrauliche Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder zusammengetreten, die ursprünglich öffentlich sein sollte. Zumeist wird Dr. Brüning seine Bemühungen um die Kabinettsumbildung vielleicht doch schon heute nachmittag fortsetzen können.

Weiter wird gemeldet:

M. Berlin, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Eine Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht gefallen, doch gilt es als wahrscheinlich, daß das Kabinett Brüning dem Reichspräsidenten morgen seine Gesamtdemission überreichen wird. Auf einer Seite ist freilich ein Zwang dazu infolge des Rücktrittsgesuchs des Reichsaußenministers fortgefallen, denn man wollte ursprünglich Dr. Curtius den Rücktritt durch den Gesamtrücktritt des Kabinetts erleichtern. Eine Genehmigung des Gesuchs Dr. Curtius liegt noch nicht vor, dürfte auch nicht mehr als Einzelhandlung erfolgen.

Über die Umbildung der Reichsregierung ist im Augenblick nichts Positives zu berichten, weil die Persönlichkeiten, an die der Kanzler sich gewendet hat, bisher entweder ablehnend geantwortet haben, oder soviel Bedenken äußerten, daß dies einer Ablehnung gleichkommt. Das gilt auch für Herrn v. Neurath, den deutschen Botschafter in London, dem das Reichsaußenministerium angeboten wurde. Welche Persönlichkeiten nun der Kanzler angeben wird, ist vollkommen ungewiß, zumal ja auch das Reichsjustizministerium umbelehrt werden muß. In politischen Kreisen verläutet übrigens, daß auch im Reichsinnenministerium ein Wechsel bevorstehe, da die Deutsche Volkspartei sehr stark auf Entfernung Dr. Wirths drängt. Man nennt als möglichen Nachfolger auch Dietrich-Baden, doch müßte dann für ihn als Reichsfinanzminister Ersatz gesucht werden.

Letzte Nachrichten

Vor einer neuen Aktion Hoovers?

Heute Besprechungen in Washington

W.B. Washington, 5. Okt. (Tel.) Präsident Hoover hat Vertreter beider Parteien aus Senat und Repräsentanten für heute, Dienstag, zu einer wichtigen Besprechung ins Weiße Haus geladen. Da derartige Konferenzen sehr selten abgehalten werden und stets mit größerer politischer Aktion zusammenhängen, für die der Präsident sich vorher der Mehrheit beider Häuser vergewissern will, nimmt die Presse an, daß entweder die Verlängerung des Hoover-Moratoriums oder sonst ein Schritt erörtert werden soll, um der schweren Finanzkrise Europas und Lateinamerikas nach Möglichkeit abzuhelfen.

Ob tatsächlich ein neuer Schritt geplant sei, darüber wird von beteiligten Stellen jegliche Auskunft abgelehnt.

„Times“ erzählt, daß auf Grund einer in der Nacht zum Montag zwischen Hoover und einer kleinen Gruppe von Wallstreet abgehaltenen Konferenz innerhalb 24 Stunden eine wichtige Erklärung aus Washington zur Weltwirtschaftslage abgegeben werde. Die Konferenz habe nicht im Weißen Haus stattgefunden. Sie sei unter großer Geheimhaltung vor sich gegangen, und die beteiligten Bankiers hätten jede Erklärung abgelehnt. Man nehme jedoch an, daß die Konferenz sich mit denselben Fragen beschäftigt habe, die auch in der heutigen Besprechung mit führenden Kongreßmitgliedern erörtert werden sollen.

Randolph Burges' „Rettungsplan“

Der Habasvertreter in Berlin will über den sog. „Rettungsplan“ Einzelheiten erfahren haben, den Randolph Burges von der Federal Reservebank in New York, der sich gegenwärtig in London aufhalte und am 12. Oktober in Basel sein werde, der Konferenz der Leiter der Emissionsbanken zu unterbreiten gedenke. Es solle sich um eine Anleihe von einer Milliarde Dollars an die W.B. handeln, die zu zwei Dritteln von den Vereinigten Staaten und für ein Drittel von Frankreich gegeben werde. Die W.B. werde auf Grund dieser Anleihe Goldzertifikate ausgeben und diese den gegenwärtig in Schwierigkeiten befindlichen Emissionsbanken, wie der Bank von England und der Reichsbank, leihen. Dieser Plan sei in New York reichlich erwogen worden und er habe die Zustimmung der amerikanischen Hauptbanken und der Federal Reservebank erhalten.

Neuwahlen in England

Einigung im Kabinett

W.B. London, 6. Okt. (Tel.) Das Kabinett hat beschlossen, Neuwahlen auf Grund eines Manifestes abzuhalten, das vom Premierminister erlassen wird. Es wird keine offizielle Mitteilung erfolgen, bevor MacDonald vom König empfangen worden ist, und möglicherweise auch nicht, bevor das Haus am Mittwoch zusammengetreten ist. Neuer erzählt indessen, daß das Manifest im wesentlichen darauf hinauslaufen wird, daß der Premierminister freie Hand fordert.

Das Kabinett hat einschließlich der beiden liberalen Minister Samuel und Lord Reading Einigung erreicht. Aus der Tatsache, daß im Kabinett Einstimmigkeit erzielt worden ist, wird der Schluß gezogen, daß es natürlich keine Rücktrittserklärung abgeben wird. Man hofft, Mittwoch oder Donnerstag die Parliamentsauflösung vollziehen zu können. In diesem Falle würde am Samstag, den 17. Oktober, die Nominierung der Kandidaten erfolgen, und die Neuwahlen am Mittwoch, den 28. Oktober, abgehalten werden.

Der Laborschlus am Weihnachtsabend. In seiner nächsten öffentlichen Vollstimmung am kommenden Donnerstag wird der Reichsrat den Gesetzentwurf über die Laborschlusszeit am Heiligen Abend verabschieden, über dessen Inhalt wir bereits berichtet haben.

Parteipolitisch betrachtet, bedeuten die Absichten des Kanzlers eine Schwelung nach rechts, aber nicht einen Anstoß an die Deutschnationalen, die soweit es aus ihrer Presse hervorgeht, auch dem umgebildeten Kabinett Opposition machen wollen. Aufmerksamkeit verdienen auch die Dinge auf der Linken. Wie berichtet wird, tagt der Parteivorstand der Sozialdemokraten seit gestern in Permanenz. Ob die Nachricht zutrifft, oder ob lediglich eine Tendenzmeldung vorliegt, über dessen Inhalt wir bereits berichtet haben, läßt sich nicht sagen.

Die Reichsopposition sammelt sich

W.B. Bad Harzburg, 6. Okt. (Priv.-Tel.) Am kommenden Sonntag findet in Bad Harzburg eine Tagung von Vertretern der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Reichs- und preussischen Landtagsfraktion statt, auf der auch der Stahlhelm hervortagend vertreten sein wird. Ferner werden diejenigen Abgeordneten der Landvolkpartei teilnehmen, die auf dem Boden der Nationalen Opposition stehen. Außerdem sollen die maßgeblichen Wirtschaftsverbände stark vertreten sein. Man erwartet Hugenberg und vielleicht Adolf Dittler, vom Stahlhelm Selbte und Dittlerberg, außerdem den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Die Zusammenkunft vor der Reichstagslagung soll die Einheitslichkeit des politischen Willens der Nationalen Opposition betonen.

* Labals Reise nach Amerika

Der amerikanische Bundespräsident, Herr Hoover, sieht das wachsende wirtschaftliche Elend der Welt, die immer weiter um sich greifende Krisis in Amerika selbst, und er zögert nicht, den großen, gemeinsamen Abwehrkampf zu organisieren. Er ist in zweifacher Beziehung zu diesem Amt berufen. Erstens, weil er das Staatsoberhaupt der mächtigsten Wirtschaftsnation der Erde ist, und zweitens, weil außer Frankreich kein anderes Land in so hohem Maße für die Krisis mitverantwortlich zu machen ist, wie Nordamerika.

Diese Überzeugung von der Mitschuld Nordamerikas ändert an der Anerkennung, die wir für das Tun Hoovers empfinden, nichts. Aber wir müssen an diese Schuld erinnern, weil einzig und allein die richtige Erkenntnis jener Fehler und ihre Beseitigung den Weg ebnen können, der zur Gesundung führt.

Vergessen wir nie, daß Amerika es gewesen ist, das mit der sogenannten „Goldhortung“ schon sofort nach dem Ende des Weltkrieges begann und mit dieser Goldsammlungspolitik beinahe die Hälfte des gesamten Goldvorrats der Erde nach Amerika zu ziehen wußte! Damit war der Prozeß der Ausblutung der europäischen Wirtschaft eingeleitet. Und er mußte sich mit jeder neuen, deutschen Reparationszahlung verstärken. Denn, wenn auch, zumal von Frankreich, ein Teil der Reparationssummen für eigene Zwecke (Rüstungswesen) verwendet wird, so floß doch bis jetzt die Annuität bzw. der Goldwert der deutschen Sachleistungen auf dem Umwege über die interalliierte Schuldregelung nach Amerika. Und noch bis vor einem halben Jahr hat die offizielle nordamerikanische Politik nicht an dem Grundsatz rütteln lassen, daß die Alliierten ihre Kriegsschulden an Amerika auf Heller und Pfennig und ohne jede Unterbrechung zu zahlen haben. Und in dieser Intransigenz Amerikas ist das zweite Moment seiner Schuld zu erblicken.

Zimmer wieder haben wir im Laufe der letzten Jahre an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Reparationsproblem nur im Zusammenhang mit dem interalliierten Schuldenproblem zu lösen ist. Keine Macht der Welt wird Frankreich oder England dazu bewegen können, ihrerseits auf deutsche Reparationszahlungen zu verzichten, solange sie selbst an Amerika zu zahlen haben.

Erst die große Krisis in Amerika, die das Evangelium von der unerschütterlichen Prosperität der amerikanischen Wirtschaft ein für allemal zerklüftet, hat dort einen Wandel der Anschauungen geschaffen. Man merkte endlich, daß eine Politik der Goldhortung schon an und für sich ihre Nachteile hat, und man merkte noch mehr, daß ein durch überwiegende Schuldenlasten verarmtes Europa auch die schwersten Schäden für das amerikanische Wirtschaftsleben bedeutet. Man wurde sich des tiefinnersten Zusammenhanges von Reparationsproblem und interalliiertem Schuldenproblems bewußt. Und zu bewundern bleibt die Schnelligkeit, mit welcher man drüben die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zog. Hoovers Weltmoratorium kam und mit ihm die Revision der bisherigen Schuldenpolitik, eine Revision, deren erste Phasen wir zur Zeit miterleben.

Leider hatte sich Amerika auch in einem Punkte völlig verrechnet. Man hatte in Washington geglaubt, daß auch der andere große Sünder, Frankreich, die Kraft zur gleichen Erkenntnis aufbringen würde. Und man sah sich hier schwer enttäuscht. Frankreich hat noch andere, liebgewordene Postulate seiner Politik zu verteidigen; Postulate rein machtpolitischer Natur. Und, da sein eigenes Wirtschaftsleben völlig intakt ist, meinte man nicht die mindeste Veranlassung zu haben, um von der bisherigen Linie abzugehen. Nur nach sehr langwierigen Verhandlungen ist es der amerikanischen Diplomatie gelungen, die Zustimmung Frankreichs zum Einjahresmoratorium zu erwirken. Gerade die Eigenart und die relativ lange Dauer dieser Verhandlungen aber hat das allgemeine Wirtschaftsmißtrauen in Europa noch weiter gefördert. Und, als dann Frankreich, weiterhin unbelehrt durch die Vorgänge um sich herum, das Mandat der umfassenden Kreditkündigungen eröffnete, geriet das Wirtschaftsleben Österreichs, Deutschlands und dann Englands in einen Zerberzstand hinein, der manchmal geradezu an Kollaps erinnert.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 61. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Es ist schwer zu sagen, ob Frankreich seitdem zu einer besseren Einsicht gelangt ist. Manche Beobachtungen lassen diese Hoffnung Raum. Andere Tatsachen, so vor allem die neue Schutzollpolitische Abriegelung Frankreichs, widersprechen jeder Hoffnung. Gewiß haben sich in letzter Zeit auch in Frankreich wirtschaftliche Schwierigkeiten bemerkbar gemacht. Wie sie ihrem Umfang und ihrer Bedeutung nach zu beurteilen sind, wissen wir nicht. Wahrscheinlich sind sie einstweilen nur recht geringfügiger Art.

Der Gedanke Hoovers ist der, durch direkte Unterhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval die große Politik der allgemeinen Wirtschaftsgeldung der Welt fortzusetzen. Dazu braucht er die verständnisvolle Mithilfe Frankreichs. Und ganz zweifellos bezweckt die Einladung nach Washington nichts anderes, als eine Kooperation aller großen Wirtschaftsmächte der Erde unter Führung Amerikas und Frankreichs sicherzustellen.

Die Reichssteuerereinnahmen

Seitweiser Ausgleich der Mindereinnahmen im Juli
Bd. Berlin, 6. Okt. (Tel.) Im Monat August 1931 betragen die Einnahmen des Reiches aus den Zölle- und Verbrauchssteuern 495 Millionen RM und aus den Zölle- und Verbrauchsabgaben 299,1 Millionen RM. In den August 1931 fielen Vorauszahlungstermine für die Vermögenssteuer und die Industrieaufbringungsumlage. Ferner erscheint im August erstmalig die Kreissteuer mit einem größeren Betrage. Im übrigen wurden die Augusteinnahmen durch die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs bei den Geldanstalten sowie durch die Einführung der Verzugszuschläge beeinflusst, so daß das erhebliche Minderaufkommen im Juli durch das Aufkommen im August wenigstens zum Teil wieder ausgeglichen worden ist.

Gegenüber August 1930 sind im August 1931 an Besitz- und Verkehrssteuern 17,2 Millionen RM, an Zölle- und Verbrauchsabgaben 11,7 Millionen RM, im ganzen 28,9 Millionen RM weniger ausfallen. Dieses Minderaufkommen ist hauptsächlich durch die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage verursacht worden.

Revision der Hohenzollernabfindung unmöglich. Die Deutsche Staatspartei hatte im Preussischen Landtag unter Hinweis auf die große Not die Revision der Abfindungsverträge mit den Hohenzollern und den Standesherrn verlangt. Diese Verträge sicherten den Hohenzollern und den Standesherrn außer Barabfindungen von mehr als 30 Millionen Reichsmark noch erheblichen Grundbesitz zu. Es wird jedoch eine Revision als ausgeschlossen betrachtet werden müssen, weil diese Abkommen seinerzeit mit verfassungsändernder Mehrheit rechtskräftig durch das Parlament verabschiedet wurden. — In der Frage der Aufwertung des etwa 40 Millionen umfassenden Welfenfonds findet im Laufe der nächsten Woche Termin vor dem Reichsgericht statt. Kuzniker der Zinsen aus dem Welfenfonds ist das frühere braunschweigische Herzogshaus, das in seiner Aufwertungsfrage dem preussischen Staat vorwirft, er habe den Fonds besonders während der Inflationszeit nachlässig verwaltet.

Zum Jagd-Prozess. Die Hauptverhandlung in der Jagd-Sache wird nunmehr bestimmt am Donnerstag, 15. Oktober, beginnen. Von den sieben Angeklagten werden fünf dem Prozeß beiwohnen, denn man rechnet damit, daß Generaldirektor Madsje bis dahin wieder hergestellt sein wird. Außer ihm werden die Direktoren Lindner, Schumacher, Sauerbrech und Dr. Kirchsbaum erscheinen. Das Verfahren gegen Direktor Beder ist bekanntlich abgetrennt, und der mitbeschuldigte Direktor Buchs ist auf seinen Antrag vom persönlichen Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden.

Kommunistischer Schaufenstersturm. In Berlin wurde nachts in verschiedenen Gegenden Schaufensterstürmen von Zeitungsstiftern der Verlage Scherl und Wlstein durch Steinwürfe zerstört. Mehrere Steine waren eingeworfen in Handzettel der SPD.

Badische Kunst im Rahmen der Badischen Woche

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe ist zur Zeit eine Bildnisausstellung Karlsruher und sonstiger badischer Maler zu sehen. Landschaft, Genrebild und Stillleben sind nur wenig vertreten, ebenso die Plastik.

Die Ausstellung ist hier pflichtgemäß zu würdigen. Mit Gefühlen der Freude geschieht das jedoch nicht. Denn dazu ist das künstlerische Niveau des Ganzen nicht hoch genug. Ich befürchte, daß dem Kunstschaffenden in Baden und Karlsruhe mit solchen Ausstellungen nur wenig gedient wird. Eine gute Kellamewirkung kann ich mir jedenfalls von ihr nicht versprechen.

Zunächst einmal muß es schon auffallen, daß die meisten Karlsruher Maler, die über einen bedeutenden Namen verfügen, nicht ausgestellt haben. Wo ist Hauelsen? Wo sind Würtenberger und Georg Scholz? Wo ist Bühler? Wo ist der ausgezeichnete Landschaftsmaler Willi Egler, einer der ganz starken Künstler unseres Landes? Wo ist Dillinger? Wo ist der geniale Plastiker Voll? Sie alle sind in der Ausstellung nicht zu finden.

Das Aller schlimmste ist, daß in diese Ausstellung Bilder Aufnahme gefunden haben, die auch von dem wohlwollendsten Kunstfreund nicht als ausstellungsreif bezeichnet werden können. Solche Bilder werden viele Besucher nicht nur nicht zum Kauf einladen, sondern sie geradezu abschrecken. Und selbstverständlich drücken diese Gemälde auf das Gesamtiveau. Der Erfolg ist der, daß auch die ernstzunehmenden Künstler unter den Ausstellern ästhetisch mit darunter zu leiden haben.

Wenn ein Kritiker von einer Ausstellung einen derartig zwiespältigen Eindruck hat, ist es schwierig, Namen zu nennen. An und für sich meint es ja wohl jeder Künstler ehrlich mit sich und seiner Kunst, und jedes Gemälde ist schließlich ein Beweis getaner Arbeit und aufgewandten Fleißes. Nur möchte man eben in vielen Fällen wünschen, daß sich dieser Fleiß anderen, nützlicheren Objekten zugewandt hätte. Aber Namen zu nennen, hat wenig Zweck. Wo nicht die Verhältnisse selbst zwingende Ratsschläge erteilen, ist der freundschaftliche Rat des Mitmenschen immer eine ärgerliche und unangenehme Sache.

Gottlob umfaßt die Ausstellung ja auch eine ganze Reihe recht sauber gemalter Bilder, die teilweise von einem beträchtlichen Können zeugen abgeben. Und man darf wohl darauf vertrauen, daß die sachkundigen und geschmackvollen Besucher der Ausstellung diese Kunstschöpfungen nicht übersehen werden. Ohne die Liste dieser ernstzunehmenden Künstler erschöpfen zu wollen, möchte ich aufmerksam machen auf ein Damenporträt (ganze Figur in weitem Abendkleid) von Hemping,

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Erleichterung der Wohnlasten der Gemeinden — Sachleistungen in der Arbeitslosenunterstützung — Herabsetzung hoher Bezüge in der Privatwirtschaft — Vereinfachung der Rechtspflege

Die neue Notverordnung, die am Mittwoch in Kraft treten soll, und an Umfang hinter der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nicht zurückstehen dürfte, bestimmt betreffend der Erleichterung der Wohnlasten der Gemeinden einen Gesamtzuschuß des Reiches von 230 Millionen Reichsmark, der mit 150 Millionen aus Lohnsteuererstattungsbeiträgen und zu 80 Millionen aus Reichszuschuß sich zusammensetzt.

In der Arbeitslosenunterstützung kann der Vorstand der Reichsanstalt anordnen, daß ein Drittel der Unterstützung in Sachleistungen erfolgt.

Im Verwaltungsgebiet dürfen Neubauten und Verwaltungsgebäude nicht in Angriff genommen werden. Ausnahmen erfordern die Genehmigung der Reichs- und Landesregierung. Die Senkung der Hauszinssteuer soll zwischen 20 und 25 Prozent liegen. Zweck einheitlicher Durchführung landwirtschaftlicher Siedlungen wird ein Staatskommissar für jedes Land bestellt, die vorläufige Kleinverteilung unterliegt dem dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Reichskommissar. Das für die vorläufige Kleinverteilung benötigte Land soll ohne erhebliche Verzögerungen zu erwerben sein und der Pächter die Möglichkeit des Erwerbes als Eigentum erhalten.

Für die Privatwirtschaft wird bestimmt: Dienstverträge, die eine Vergütung vorsehen, die mit der Geschäfts- oder Vermögenslage des Dienstberechtigten oder der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mehr übereinstimmen, können durch schriftliche Erklärung abgeändert werden, wobei der Dienstverpflichtete keine Ansprüche auf Entschädigung hat. Dies alles gilt nur für Dienstverträge, Pensionen oder sonstige Bezüge von über 15 000 M jährlich.

In der Rechtspflege wird eine Vereinfachung der Prozeßführung vorgeschrieben. Die Bestimmungen betreffend Armenrecht erfahren aus Ersparnisgründen weitgehende Änderungen.

Wesentliche Bestimmungen werden auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen. So wird eine Reform des Sparkassenwesens in die Wege geleitet, indem die Verordnung, die Landesregierungen ermächtigt und verpflichtet, die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Spar- und Girokassen mit den neuen Vorschriften, die erlassen werden, in Einklang zu bringen. 20 Proz. der Einlagen müssen als Liquiditätsreserve gelten, die nicht zur Vergebung von Darlehen verwendet werden darf.

Die Umschulung kurzfristiger Schulden von Ländern und Gemeinden wird ausföhrlich geregelt. 12 Proz. aus dem Aufkommen aus der Hauszinssteuer sollen hierfür verwendet werden.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, Garantien auf dem Gebiete der Kreditversicherung mit der Maßgabe zu übernehmen, daß das Reich höchstens mit 30 Millionen zuzüglich der von ihm vereinnahmten Rückversicherungssprämien in Anspruch genommen werden darf. Für allgemeine Finanzzwecke darf der Reichsfinanzminister bis zu 300 Millionen auf dem Kreditwege beschaffen.

Es wird entgegen bisherigen Meldungen mitgeteilt, daß heute Dienstag keine öffentliche Sitzung des Reichsrats, sondern eine vertrauliche Aussprache zwischen Reichsregierung und den Länderregierungen und preussischen Provinzialverordnern stattfinden. Es handelt sich vorwiegend um den entgegengesetzten Entwurf einer neuen Notverordnung an den Reichspräsidenten um eine Erörterung bedeutsamer die Länder interessierender Einzelfragen. — Von den Ländern, namentlich von Bayern, werden harte Bedenken gegen die Notverordnung geäußert.

Nur teilweise Auszahlung der preussischen Gehälter. Der preussische Finanzminister hat durch einen Minderlaß verfügt, daß den preussischen Beamten von der ihnen für den Monat Oktober noch zuzehenden Hälfte ihrer Dienstbezüge, die am 10. d. M. fällig ist, nur die Hälfte ausbezahlt wird. Das bedeutet praktisch, daß die Beamten am 10. Oktober nur ein Viertel ihres Gehalts bekommen werden.

auf einige Bilder von Werner Leonhard, Carl Vose, Schroeder-Haun, Büttel-Deidelberg, Edda Staub, Käthe v. Szaburka-Reersburg, auf eine sorgsam gemalte Landschaft im Großformat von Hüfmeier, Stillleben von Otto Graeber, die in Einzelheiten recht annehmbar sind, und ferner auf die Plastik, die eigentlich sämtlich eine gute Haltung aufweisen. G. Amend

Sreiburger Tagung des Bundes Rheinischer Dichter

Der Bund Rheinischer Dichter, im Sommer 1928 ins Leben gerufen, hält zum ersten Male seit seinem Bestehen eine seiner Arbeitstagungen am Oberrhein in einem Zentrum deutscher und europäischer Kultur, in Freiburg i. Br. ab. Von der Quelle bis zur Mündung umfiedeln den Rhein seit einem Jahrtausend Menschen, deren Schöpferium richtungweisend für die abendländische Kultur geworden ist. In unserer Zeit, der die schicksalhafte Bedeutung des Rheinstroms bewahrt sein sollte, als vergangenem Epochen, gibt es Dichter, denen der Rhein und sein Stromland zum Erlebnis ihrer kulturellen und geistesgeschichtlichen Sendung ward. Sie haben sich in Freiburg i. Br. eingefunden und hatten Gelegenheit, in einem von der Stadtverwaltung Freiburg veranstalteten Begrüßungsabend im Zusammensein mit führenden Persönlichkeiten der Freiburger Öffentlichkeit, für ihre Idee zu werden. Der Dichter Rudolf G. Binding, durch seine Jugend an Freiburg gebunden, und im Alter noch von jenen Kräften gehend, die er als Knabe aus dieser „sublimsten aller deutschen Landschaften“ schöpfen konnte, wählte in seinem Begrüßungswort die Erinnerung an jene Tage mit dem Dant an das Heute zu verbinden. Oberbürgermeister Dr. Bender gab diesen Dant wieder zurück, denn Freiburg sei es, das den rheinischen Dichtern für ihre heutige Tagung Dank schulde. Alfons Faquet pries es als besonderes Kennzeichen der Tagung, daß dieses Mal der schönsten Stadt des lieblichen Rheinlandes nicht nur die deutschen Dichter des Rheines, sondern zum ersten Male auch Dichter der Schweiz, des Elsaß, Luxemburgs und die flämischen Dichter teilnahmen. Der aus der niederländischen Landschaft stammende norddeutsche Dichter Hans Friedrich Blunk (Hamburg), wie auch die parallelen Vertreter hien, die die Dichter zwischen Mosel und Elbe zusammengeführt haben. Freundschaftliche Schweizergrüße überbrachte Klausner, Basel, der der tiefen Verbundenheit und Zusammengehörigkeit der Dichter des deutschen Sprachkreises Ausdruck verlieh. Ein luxemburger Dichter erhofft von den Beiträgen des Bundes Rheinischer Dichter, daß auch, wenn sich ein neues Europa herausbilden werde,

Umfangreiche Arbeiterentlassungen in Elsaß-Lothringen

Das rasche Fortschreiten der Wirtschaftskrise ist durch Arbeiterentlassungen in den verschiedenen industriellen Landesteilen bezeichnet. Die Straßburger Autofabrik Mathis hat die- ser Tage eine neue, die dritte Herabsetzung der Belegschaft durch die Kündigung von 100 Mann vorgenommen. Im Breuschthal haben mehrere Textilfabriken ihren sämtlichen Arbeitern gekündigt, aber angeboten, sie zum halben Lohn wieder einzustellen. Die Kurzarbeit soll dann beseitigt werden. In Mgringen in Lothringen hat die Erzgrube Angweiler erneut 135 Arbeitern, darunter die Hälfte Einheimische, entlassen. Die Textilfirma Hartmann in Münstereifel hat seit August aus ihren Webereien 343 Arbeiter entlassen. Den übrigen 230 wurde mitgeteilt, daß ab 1. Oktober der Lohn um 50 Proz. herabgesetzt wird. In der Zwischenzeit wurden 150 Arbeiter zu den neuen niedrigen Löhnen wieder eingestellt.

Vereinheitlichung des fremdsprachlichen Unterrichts

In letzter Zeit war verschiedentlich die Vermutung aufgetaucht, daß bei den zwischen den Ländern gepflogenen Verhandlungen über den Aufbau des Unterrichts in den modernen Fremdsprachen an den deutschen höheren Schulen politische Gründe ausschlaggebend seien. Dazu wird in Berlin u. a. festgestellt:

Die Forderung nach größerer Einheitlichkeit unseres höheren Schulwesens wird von Fachkreisen, Parteien des Reichstages und der öffentlichen Meinung seit Jahren erhoben. Das Reichsministerium des Innern hat daher bereits im Januar d. J. einen besonderen Ausschuß aus Vertretern der Unterrichtsverwaltungen der Länder mit der Bearbeitung von Vorschlägen für eine Vereinfachung des Schulaufbaues beauftragt. Die Mehrheit des Ausschusses hat den Vorschlag den Unterrichtsverwaltungen vorgelegt, nachdem das Französische als Anfangssprache gewählt werden sollte, jedoch bleibt die Entscheidung, ob Französisch oder Englisch im späteren Schulbetrieb als Hauptsprache zu lehren sei, offen, und kann je nach Schultypen und sonstigen pädagogischen Gesichtspunkten getroffen werden.

Deutscher Protest in Sagan. Der deutsche Gesandte in Sagan hat wegen angeblicher Kundgebungen in einem Nager Ring anlässlich der im Rahmen einer Wochenendausstellung des Reichspräsidenten und der Reichswehr beim leitenden Außenminister Ullmann, Protest erhoben. Ullmann hat eine Untersuchung der Angelegenheit angeordnet und erklärt, daß derartige Vorfälle nicht billige.

Steinwürfe gegen das polnische Konsulat in Berlin. Im polnischen Konsulat in der Kurfürstentrasse in Berlin wurden Montagvormittag drei Fenstersteine eingeschlagen. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Blutiger Zusammenstoß in Essen. In Essen-West überfielen etwa 20-25 Kommunisten zwei Nationalsozialisten und schossen auf die Flüchtenden. Der 33 Jahre alte Schutzstaffelführer Erich Gathe wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb. Die Polizei setzte auf die Ergreifung der unerkannt entkommenen Täter eine Belohnung von 1000 RM aus.

Kleine Chronik

Montagabend stieß bei Wiesenthal (Saargebiet) ein Motorradfahrer mit seinem Fahrzeug auf einen Mandstein, wobei er und sein Mitfahrer getötet wurden.

Vor dem Düsselbacher Gericht begann gegen Kommerzienrat Fall und Genossen ein Prozeß wegen einer Urkundenfälschung, die bei Reparationskontrollen begangen wurde. Fall wurde nach Schluß der Verhandlungen festgenommen, um in einem anderen Verfahren zwangsweise vorgeführt zu werden.

Die beiden Lokflieger Bangborn und Herndon sind am Montag um 4.15 Uhr MEZ, in Benarache im westamerikanischen Staate Washington gelandet. Sie haben damit den ersten Nonstop-Flug über den Pazifischen Ozean in 41 Stunden durchgeführt. Die Flugstrecke beträgt rund 8400 Kilometer.

Vier Räuber drangen in Hartford (Indiana) in das Gebäude der Staatsbank ein und bemächtigten sich einer Kasse mit 40 000 Dollar. Sie flüchteten hierauf, indem sie den Kassier, der zugleich Bürgermeister der Stadt ist, mit sich führten.

Die Luxemburger einbezogen werden würden in die größte und bedeutendste Landschaft dieses neuen Europa. Zum Schluß sprach Hermann Erich Busse, Freiburg i. Br. Gerade die Freiburger Tagung werde daraus besonderen Vorteil schöpfen können, daß die Oberheimplandschaft nahezu völlig unberührt sei, und daß in ihr noch ein Volk, das Sitte und Brauch habe und pflege, wohne und seine Bevölkerung.

Der Bund Rheinischer Dichter erledigte in seiner Mitgliederversammlung am Samstag zunächst organisatorische Angelegenheiten. Danach wurde die Arbeitstagung eröffnet, die bekanntlich unter der Devise „Landschaft und Dichtung“ steht. Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit einem Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Höpffner, Frankfurt a. M. Im Anschluß an die erste Arbeitstagung folgten die rheinischen Dichter einer Einladung der Schwaiblenbacher AG.

Am Sonntag fand im Freiburger Stadtheater eine Vorkonzertfeier statt, die das Thema der Tagung „Landschaft und Dichtung“ einem größeren Publikum nahe bringen wollte. Prominente Mitglieder des Bundes versuchten ihr seelisches Verhältnis zur Landschaft teils in lyrischer, teils in prosaisch ausdeutender Form zum Ausdruck zu bringen.

Vayreuther Bund. Die sehr rührigen Bestrebungen der Ortsgruppe des Vayreuther Bundes, der sich längst einen erhöhten Platz im Karlsruher Musikleben erobert hat, bringen am 17. Oktober eine Heinrich-Biederdt-Fest und Ende November eine Konzertsaison zu Ehren Jos. Martin Kraus', im Hinblick auf den 150. Todestag des badischen Komponisten. Ferner ist für Anfang November ein großes Konzert in der Festhalle — mit freiem Eintritt für Erwerbslose, Fürsorgeempfänger und Schwerkranken — in Aussicht genommen. Wie bei einer ähnlichen vorangegangenen Veranstaltung gelangen auch hierbei wieder 2000 Karten unentgeltlich zur Austeilung. Die soziale Absicht dieser Veranstaltung verdient höchste Anerkennung. Das weitere Winterprogramm sieht vor: 5. Dez. eine Mozart-Fest mit Violinsonaten und Gesang, Mitte Januar nächsten Jahres einen Kammermusikabend mit Werken von Heinrich Cassimir (altd. Musikdirektor in Karlsruhe), 13. Februar eine Richard-Wagner-Fest mit Rezitationen und musikalischen Darbietungen, 5. März ein Klavierkonzert (Gert. Hermann-Wettenberger und Hedw. Stübgen), 23. April Gedächtnisfeier zum 1. Todestag Alfred Lorenz', des früheren Kapellmeisters am Landestheater. Vom 14. bis 16. Mai (über Pfingsten) hält der Vayreuther Bund sein großes Bundesfest in Karlsruhe ab. Es folgen danach am Geburtsstag Richard Wagners (22. Mai) ein Schallplattenkonzert mit den neuesten Aufnahmen aus seinen Werken, sowie am Geburtsstag (6. Juni) und Todestag (4. August) Siegfried Wagners (eine besondere Konzertveranstaltung).

Badischer Teil

Badens Vertretung im Reichsrat

Infolge des Ausscheidens des Gesandten Honold ist Ministerialdirektor Dr. Ficht in Berlin zum stimmungsführenden Bevollmächtigten im Reichsrat und der bei der badischen Vertretung in Berlin beschäftigte Oberregierungsrat Dr. Sauer zum stellvertretenden Bevollmächtigten bestellt worden.

Unbegründete Spionagefurcht

In der „Badischen Presse“ Nr. 451, vom 29. September, erschien ein Artikel „Neue Luftspionage durch Kinderballons“. Es wurde dort die Vermutung ausgesprochen, daß es sich bei den aufgefundenen Kinderballons, die mit einer Karte und der Bitte, um Rücksendung nach genauer Ausfüllung verschiedener Fragen versehen sind, um die Absicht handle, auf dem Flugweg der Ballons die Richtung der Luftströmungen usw. zu strategischen Zwecken heraus zu bekommen. Dazu erfahren wir von sachmännischer Seite, daß die höheren Luftschichten täglich in allen Ländern Europas von den verschiedensten Stellen aus — auch von Karlsruhe aus — mit gefesselten und ungefesselten Flugkörpern (Pilot- und Registrierballons, Drachen, Fesselballon und Flugzeugen) erforscht werden. Die Beobachtungsergebnisse werden unmittelbar nach beendetem Aufstieg international durch Wetterfunk ausgetauscht. Es gibt hier also gar keine Geheimnisse. Die Wetterdienststellen aller Länder können täglich auf Grund dieses häufigen Funktionierens für die verschiedensten Zeiten und Höhen genaue Stromlinien in der Luft über Europa entwerfen. Von einer Luftspionage kann also keine Rede sein.

Die Frequenz der badischen Hochschulen

Im Sommersemester 1931 wurden besucht: Universität Heidelberg: Von 3701 Studierenden (1595 Badener, 1920 andere Deutsche, 186 Ausländer). Zahl der weiblichen Studierenden 813. In den immatrikulierten Studierenden kommen 254 Hörer. Universität Freiburg: Von 3885 immatrikulierten Studierenden (1051 Badener, 2659 andere Deutsche und 175 Reichsausländer). Zahl der weiblichen Studierenden 909. Dazu kommen 199 Hörer. Hinsichtlich der Besuchsziffer stehen an beiden Universitäten die medizinischen Fakultäten an der Spitze mit 1870 bzw. 1409 Studierenden.

An der Technischen Hochschule Karlsruhe waren in sämtlichen Abteilungen immatrikuliert: insgesamt 1249 Studierende (728 Badener, 393 andere Deutsche, 133 Reichsausländer). Darunter befinden sich 21 weibliche Studierende. Außerordentliche Studierende gab es 27. Die Zahl der Hörer betrug 198.

Die Handelshochschule Mannheim wurde von 549 Studierenden besucht (250 Badener, 288 andere Deutsche, 11 Reichsausländer). Hierunter befinden sich 69 weibliche Studierende. Zahl der Hörer 497. Die Mehrzahl der Studierenden kam an allen Hochschulen aus den Kreisen des Handels und Gewerbes sowie der Beamtenklasse.

Die Höhere Technische Lehranstalt (Staatsgewerkschule) Karlsruhe wurde von 499 Studierenden besucht. Hierunter 1 weiblich. Es waren fast ausschließlich deutsche Staatsangehörige. Zahl der Lehrtätige 61.

Aus den badischen Weinbaugebieten

Trotz Warnung und Belehrung haben, wie „Weinbau und Kellerwirtschaft“ berichtet, einzelne Gemeinden doch schon am 25. und 26., andere am 28. und 29. September mit der Lese begonnen, weil ein Teil der Trauben infolge Sauerwurmfraßes faulte. Es sind das Gemeinden in Elblinweinbaugebieten des Breisgaus, des östlichen Kaiserstuhls und der Ortenauer. Die Reife sind natürlich geringwertig, mit etwa 50 Grad Oechsle und 13 bis 16 pro Milie Säure. Im übrigen sind die Trauben trotz des vielen Regens noch gesund, bedürfen aber zur Vollreife noch Sonne. Der Abfall der Tafeltrauben ist gut und bringt den Winzern Bargeld. Es werden auf dem Markt in Freiburg zu 10 bis 20 Pf., zum Teil auch noch billiger, Trauben verkauft. 1930er Weine werden ständig noch in kleineren Mengen verkauft — viel ist nicht mehr da — zu 60 bis 70 RM, bessere Sorten zu 80 bis 100 RM.

Jubiläum der Bodensee-Gürtelbahn

Die Bodensee-Gürtelbahn Radolfzell—Überlingen—Marsdorf—Friedrichshafen konnte am 1. Oktober 1931 infolgedessen einen Erinnerungstag verzeichnen, als vor dreißig Jahren mit der Eröffnung der Bahnstrecke Überlingen—Marsdorf—Friedrichshafen das Schlußstück der Bahn, die von Friedrichshafen nach Lindau führt, dem Betrieb übergeben wurde. Die Landstände entschieden sich 1898 für die Strecke über Mimmelsheimen mit Anschluß nach Salem, und lehnten das Projekt, die Bahn dem See entlang über Meersburg zu führen, ab.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft gegen die Pressenotverordnung

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Baden, als die berufene Vertreterin der Presse des Landes Baden, hält das Verbot der „Neuen Badischen Landeszeitung“, das alsbald wieder aufgehoben wurde, für den Bestimmungen der Pressenotverordnung widersprechend. Außerdem hat die Bezirksarbeitsgemeinschaft an die Reichsarbeitsgemeinschaft einen Brief gerichtet, in dem es für nötig erklärt wird, daß das Recht zum Verbot von Zeitungen, wenn es überhaupt aufrechterhalten werden soll, eingeschränkt wird auf tatsächliche Verletzung bestehender Strafgesehe.

Aus dem Badischen Lehrerverein. Entsprechend den Beschlüssen der Vertreterversammlung hat nunmehr die Wahl des neuen Vorstandes stattgefunden. Die Geschäfte des Obmannes führt von jetzt an Hauptlehrer Adolf Lindentseher, die Stellvertretung des Obmannes hat Stadtoberlehrer Goffing, während für die Sozialleistungen der Obmannstellvertreter Wintermantel verantwortlich ist.

Bei einer vom Innungsverband der Handwerkskammer des Kreises Lörrach einberufenen Handwerkskammer wurde in einer Resolution einstimmig die Zusammenlegung der vier badischen Handwerkskammern zu einer Kammer gefordert. Das oberbadische Handwerk steht mit seinem Standpunkt auf Zusammenlegung der Kammern im Gegensatz zu den Kammern selbst, die sich gegen die Zentralisierung auf das Schärfste wehren. Zu einer weiteren Entschärfung sprach sich das oberbadische Handwerk gegen die hohen Vergütungssätze aus.

Abchied des Gesandten Honold im Berliner Verein der Badener

Der Verein der Badener in Berlin gab am 29. September dem Gesandten Honold einen Abschiedsabend im „Alten Aslanier“ in der Anhalterstraße. Die Wände des Saales, der nicht alle der nach Hunderten zählenden Teilnehmer fassen konnte, war mit Fahnen in den badischen Farben ausgeschlagen; gelbe und rote Blumen schmückten die Tische. In reicher Folge wechselten gesangliche, musikalische und Mundartvortrage, Einzel- und Gruppentänze der Trachten- und Tanzgruppe des Vereins.

Eine Marktgräfin (Frau Frieda Bangert) entbot dem scheidenden, allseits beliebten Vertreter Badens in der Sprache Hebel's einen tiefempfundenen Abschiedsgruß. Der 1. Vorsitzende (Ministerialamtmann Rutschler) sprach herzliche Worte des Dankes. Er teilte unter großem Beifall der Versammlung mit, daß der Gesamtschluß einstimmig beschlossen habe, den Gesandten Honold in Anbetracht seiner außerordentlichen Verdienste um den Verein zu bitten, die seit dem Tode des Prinzen Max von Baden verwirklichte Ehrenpräsidenschaft des Badener Vereins anzunehmen.

Herr Honold erklärte sich dazu gern bereit. In seiner weit-ausholenden, eindrucksvollen Abschiedsrede sagte er u. a., er erinnere sich jenes Junimorgens im Jahre 1926, an dem er zur Übernahme seines neuen Amtes die badische Gesandtschaft in der Rennstraße betrat. Da leuchtete ihm ein herrlicher Strauß gelber und roter Rosen entgegen, ein Glückwunschschreiben des Vereins der Badener lag ihm bei. Es war der erste Willkommengruß in der Reichshauptstadt; und derselbe Verein sei es heute, der ihm am Vorabend seiner Rückkehr ins badische Land auch den letzten Gruß dahin mitgibt. Künftig sei es ihm nicht nur Sache des Herzens, sondern er empfinde es nach der Annahme der Würde des Ehrenpräsidenten auch als Pflicht, jederzeit für die Belange der Berliner Badener Kolonie einzutreten.

Der Verlauf des Abends bewies, daß die badischen Landesleute in der Reichshauptstadt in schöner Eintracht feiern zu veranlassen wissen, die gleicherweise Herz, Gemüt und Geist ansprechen. Zum Gelingen des Abends trugen vor allem bei die Mitglieder der Trachten- und Tanzgruppe (Leitung: Augenstein-Viebel), das Tanzpaar Geschwister Deibel, Frau Frieda Bangert, die Herren Dr. Horschler, Opernfänger Dieber und Joernik, Geheimrat Hertel, Kapellmeister Gläser und die Kapelle Dittmann. Der Abschiedsabend schloß mit dem bekannten gemeinsam gesungenen Heimatlied des Badener Vereins.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Beginn der „Karlsruher Herbsttage“

„Badische Woche“ — Kulturwoche — Verkehrsverbände Kunstlotterie und Buchausstellung

Die „Karlsruher Herbsttage“ beleben gegenwärtig trotz der schwierigen Zeitverhältnisse das Gesicht der badischen Landes-hauptstadt von Tag zu Tag in gesteigertem Maße. Das ist besonders im Hinblick auf die nur noch wenige Tage bevorstehende „Badische Woche“ der Fall, die mit der Kulturwoche für die bedrängten Künstler und Geistesarbeiter im Grenzland Baden, am 11. Oktober (Sonntag), Kultur- Bedeutung für unsere gesamte süddeutsche Heimat hat. Neben den Einladungen, die an alle intellektuelle und künstlerische Kreise und erwarten lassen, daß sich die Prominenten aus Kunst und Geisteswelt mit den Vertretern der badischen Öffentlichkeit in der Landeshauptstadt einfinden, sind alle Schichten der Bevölkerung von nah und fern herzlichst aufgefordert, bei allen Anlässen teilzunehmen. Namentlich die Kulturwoche, zu der der Eintritt frei ist, darf gemäß dem Zweck, den sie erreichen will, auf einen Massenbesuch gefaßt sein. Zu den bereits bekannten Persönlichkeiten, die der Kundgebung Ausdruck verleihen, tritt noch der Komponist Julius Weismann, Freiburg, hinzu, der die Wiebegründer eines eigenen Werkes leitet. Im übrigen wirkt das Landesbestreben unter seinem Dirigenten, Generalmusikdirektor Krips, mit. Von wesentlicher Tragweite für die Theaterwelt wird auch die Ansprache des Intendanten Dr. Hans Waag, Karlsruhe, sein. Die weiteren Veranstaltungen der „Badischen Woche“ werden noch eingehend zu erwähnen sein.

Während der Karlsruher Verkehrsverbände findet neben der Kunstlotterie des Karlsruher Einzelhandels, die bereits ab 5. Oktober zugleich mit der Schauwunderschmückung und -beleuchtung in Erscheinung tritt, ferner eine Buchausstellung badischer Literatur- und Kompositionswerke statt, an der sich alle Sortimenter und Musikalienhandlungen beteiligen. Programm- und Druckschriften über sämtliche Veranstaltungen (Gesamtprogramm) sind vom Verkehrsverein zu beziehen.

Badisches Landestheater. Die Uraufführung Eimer Johann-Strauß-Operette wird im Badischen Landestheater am 11. Oktober als besonders Ereignis zu buchen sein. Eine Uraufführung infolgedessen, als der unsterblichen Musik von Johann Strauß zweiter Operette (komponiert 1872) eine neue Handlung mit neuem Text beigegeben worden ist. Damit soll „Die Prinzessin auf dem Meer“ (der frühere „Carnival in Rom“) der Vergessenheit entzogen werden, in die diese echte Strauß-Musik infolge eines schwachen Textbuchs längst versunken war. Die Aufführung, zu der sich bereits viele auswärtige Kunstfreunde angemeldet haben, dürfte ein Ereignis werden, das über Karlsruhe hinaus Bedeutung gewinnt. Die Inszenierung besorgt als Ehrenpräsident des Landestheaters Intendant Dr. Sagemann (bekannt von seiner Tätigkeit in Mannheim und Wiesbaden), der gerade vor kurzem an der Berliner Staatsoper mit einer Gastregie von „Eine Nacht in Venedig“ einen der größten Erfolge dieses Instituts erzielte.

Dr. Backler, der bekannte Südamerikanist, berichtet am kommenden Donnerstag den 8. Oktober über seine letzte gefahrreiche Expedition und zeigt seinen Indianer-Film. Dieser Film lief bereits mit großem Erfolg in vielen deutschen Städten, auch in Amerika, Skandinavien und weiterem Ausland. Um den Besuch jedermann möglich zu machen, wurden die Eintrittspreise äußerst niedrig angesetzt; im Saal werden, vielfachen Wünschen entsprechend, auch nummerierte Plätze ausgeben. Vorverkauf in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt, Waldstraße 81 und in der Buchhandlung Pfelefeld am Marktplatz. — Es sei auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Filmvortrag nur einmal stattfindet und zwar Donnerstagsabends 8 Uhr im Entschlacksaal. Da er heile Bilder und Themen aus dem Liebesleben der Indianer zeigt, ist der Eintritt nur erwachsenen Personen über 18 Jahren gestattet.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Dienstag morgen: Der hohe Druck zieht langsam nach Osten ab, während eine neue atlantische Störung weilich von England angelangt ist und dort starken Druckfall bringt. Wir befinden uns noch immer in der stark abgleitenden Luft am Westrande des Hochdruckgebietes, so daß auch morgen im we-

sentlichen mit Fortdauer der trockenen Witterung zu rechnen ist. Voraussage: Zeitweise wolkig und vorwiegend trocken, mild, leichter Südwestwind.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die landwirtschaftliche Herbstwoche 1931

Die große oberbadische landwirtschaftliche Herbstwoche 1931 in Freiburg i. Br. findet vom 22. bis 25. Oktober statt. Sie wird in dem bekannten und bewährten Rahmen vor sich gehen. Am 22. Oktober finden der Pferdemarkt mit Stutenschau und genossenschaftlicher Prämierung auf dem Viehmarktplatz beim Schlachthof, sowie der Zuchtviehmarkt im ehemaligen Artilleriedepot, Tagelletterstraße, statt. Die Schweinechau im Artilleriedepot ist für den 24. Oktober vorgesehen, die Kleintierausstellung und der Kleintiermarkt am gleichen Ort für den 24. und 25. Oktober.

OB. Offenburg, 4. Okt. Der Besuch der 8. Ortenauer Herbstmesse war entgegen allen Erwartungen außerordentlich lebhaft. Bis Sonntagabend wurden 10 000 Besucher gezählt. Man muß daher auch die Veranstaltung der 8. Ortenauer Herbstmesse als geglückt bezeichnen. Es herrschte einstimmiges Lob über diese in einer schweren Zeit so wohlgelungenen Veranstaltung. Auch die an diesem Sonntag geöffneten Geschäfte hatten einen regen Verkehr aufzuweisen.

OB. Lahr, 5. Okt. Auf der Landstraße bei Dinglingen stießen heute vormittag zwei Autos zusammen. Die 62jährige Witwe Wertheimer aus Karlsruhe erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus Lahr verbracht werden. Die übrigen Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Autos wurden gestört.

OB. Singen a. S., 5. Okt. Bau und Inneneinrichtung des neuen Postgebäudes nähern sich der Vollendung, so daß mit der Aufnahme des vollen Betriebes am 1. Dezember gerechnet werden kann. Architektonisch hält sich das Gebäude streng an den neuen Baustil. Es steht mit seiner zweiflügeligen Vorderfront in einer Länge von 40 Meter an der Bahnhofstraße. Die Schalterhalle hat eine Bodenfläche von 52 Quadratmeter mit sechs offenen Schaltern. Auch die übrigen Einrichtungen, vor allem die Telefonanlage, entsprechen den heutigen Anforderungen des öffentlichen Verkehrs.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	6. Oktober		5. Oktober	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	169.48	169.82	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Napoli 100 L.	21.48	21.52	21.38	21.42
London 1 Pf.	16.08	16.12	16.03	16.07
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	16.70	16.74	—	—
Schweiz 100 Fr.	82.42	82.52	82.32	82.48
Wien 100 Schilling	53.45	53.55	54.70	54.80
Brag. 100 Kr.	—	—	—	—

Schiedsaussschuss für das Stillhalteabkommen. Der Präsident der BZB hat zum Vorsitzenden des auf Grund des Stillhalteabkommens zwischen Deutschland und den Gläubigerländern vorgeschienen Schiedsaussschusses Marcus Wallenberg (Stockholm) ernannt. Die erste Sitzung soll in der zweiten Hälfte dieser Woche in Berlin stattfinden. — Der Generaldirektor der BZB erklärte gegenüber Meldungen verschiedener Blätter, daß er keinen Plan für eine allgemeine Revision des Goldstandards ausgearbeitet habe, und daß auf der Tagesordnung der BZB kein derartiges Projekt stehe.

Das internationale Hypothekendarleheninstitut. Die Konvention über die Gründung des internationalen Hypothekendarleheninstituts, deren Unterzeichnungssfrist am 20. September abgelaufen war, ist — wie aus Genf gemeldet wird — bis jetzt von 24 Staaten unterzeichnet worden. Sämtliche europäischen Staaten, mit Ausnahme von Albanien, Island und Norwegen, haben die Konvention unterzeichnet. Die 15 Millionen Schweizerfranken, die als erster Beitrag zur Spezialreserve der Bank gedacht sind und von deren Aufbringung das Inkrafttreten der Konvention abhängt, sind durch die bisherigen Zeichnungen überschritten worden.

Weitere 275 Millionen Pfund Sterling Banknotenausgabe. Die „London Gazette“ veröffentlicht einen Auszug der Mittelungen des englischen Schatzamtes, wonach die Bank von England ermächtigt wird, für eine weitere Periode von vier Monaten die Ausgabe von Banknoten bis zum Gesamtbetrag von 275 Millionen Pfund Sterling fortzusetzen.

19 amerikanische Banken heute geschlossen. Die Franklin Trust-Comp. in Philadelphia, die vier Zweigstellen unterhält und über Anlagen in Höhe von 22 Millionen Dollar verfügt, hat ihre Schalter für die Dauer des heutigen Dienstag geschlossen. 18 andere Banken, die Mehrzahl davon in Pennsylvania und Westvirginien und die anderen im Mittelwesten, haben — wie aus New York gemeldet wird — die gleiche Maßnahme getroffen.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Bezirksassistentenarzt Dr. Heinrich Kübis in Neffrich zum Veterinärarzt als Zuchtinspektor in Radolfzell, die Gendarmeriehauptwachmeister Friedrich Schumacher in Mengen und Wilhelm Mahrer in Buggingen zu Gendarmerieoberwachmeistern, Polizeiasistent Adolf Haas in Heidelberg zum Polizeifeldwart und Kanzleisekretärin Frieda Speck beim Bezirksamt Offenburg zur Verwaltungsassistentin.

Planmäßig angestellt:

Bürogehilfe Eugen Sieger beim Bezirksamt Forstheim als Verwaltungsassistent und Wachtmeister Otto Geis beim Bezirksamt Konstanz.

Verteilt:

Verwaltungsoberrat Friedrich Köhler bei der Polizeidirektion in Baden-Baden zum Bezirksamt Lahr, Verwaltungsassistent Karl Schuler beim Bezirksamt Waldshut zur Staatskass. und Meldestelle in Singen.

Zur Ruhe gesetzt:

Polizeikommissar Franz Eisner in Freiburg.

E. Büchle Spezialhaus für Bilder u. Einrahmungen

Inh. W. Bertsch. Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr. Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster. Gute Ausführung bei billigst. Berechnung. Große Auswahl.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 39

Er erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zugestellt werden.
vom Verlage Karlsruher, Karl-Heinrich-Strasse 14, bezogen werden.

6. Oktober 1931

Rundschau

Neue Notverordnungen — Die Zulagenperre — Angestelltenbezüge

Seit Unterzeichnung der Dietramszeller Notverordnung hat in den Regierungen aller Länder eine lebhafteste Tätigkeit in der Ausarbeitung der sich auf ihre Ermächtigung stützenden eigenen Notverordnungen oder Gesetze eingestellt. Zum Teil sind einzelne deutsche Länder, voran Preußen, bereits mit den bezüglichen Anordnungen auf den Plan getreten, zum Teil steht die Veröffentlichung der in dieser Beziehung für notwendig erachteten Schritte wie z. B. in Baden noch bevor.

Die neue Sparverordnung in Preußen bringt recht umfangreiche Abstriche auf personellen und auf so gut wie allen Sachgebieten; die die Ausgaben des preussischen Staates zusammen um 200 Millionen M verringern sollen. Im einzelnen erstreckt sie sich auf die Einschränkung der Ausgaben für Lehrkräfte bei den verschiedenen Schularten, auf Neuorganisation der Stellenzulagen für Volksschullehrer, Ermächtigung die Verwaltungsorgane der Gemeinden und Gemeindeverbände, alle Maßnahmen zu treffen, die zum Ausgleich ihrer Haushalte erforderlich sind; sie befaßt sich dann des Weiteren mit der Festsetzung der Bezüge der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, Stadträte, Landeshauptleute und Landesräte. Zur Einschränkung der Ausgaben für Beamte, Angestellte und Arbeiter sieht sie vor eine Anstellungs- und Beförderungssperre für Beamte, den Abbau aller entbehrlichen Angestellten und Arbeiter, eine Arbeitszeitverkürzung, ferner die Angleichung von Ruheentlohn und Anbelohnungen an die Regelung des Staates und eine erneute Revision sämtlicher Besoldungsordnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände; schließlich besondere Bestimmungen über den Erwerb der Beamteneigenschaft. Diese soll künftig nur durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde begründet werden. Unter den besonderen Maßnahmen für Beamte ist zu erwähnen die Herabsetzung der Einkommensgrenze für die Gewährung von Kinderbeihilfen für Kinder vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 21. Lebensjahre von 40 M auf 30 M und die Bestimmung, wonach die Beamten die am 1. September 1931 bezogenen Gehälter zwei Jahre länger als nach den geltenden Vorschriften behalten (Zulagenperre).

Der preussische Staatsrat hat in seiner Beratung vom 30. September einen einstimmigen Beschluß gefaßt, in dem er feststellte, daß diese Sparverordnung sowie die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen mit zwingenden Vorschriften der Reichs- und Landesverfassung nicht in Einklang stehen, daß eine erhebliche Anzahl das Maß des zur Beseitigung des Notstandes Erforderlichen überschreite und deshalb mit der Reichsverfassung unvereinbar sei. Der Staatsrat müsse sich die zur Wahrung seiner verfassungsmäßigen Rechte notwendigen Schritte vorbehalten.

Eine württembergische Notverordnung vom 26. September 1931 gelangt zu einer Kürzung der Dienstbezüge der verheirateten Beamten um 5 Proz., bei den ledigen und den kinderlos verheirateten Beamten um 7 Prozent; unterbunden wird das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen, dies gilt sinngemäß auch für die unständigen Beamten und Angestellten. Die ledigen ständigen Beamten erhalten bis zum vollendeten 45. Lebensjahr nur noch das halbe Wohnungsgeld, vom 46. Lebensjahr an beziehen sie das Wohnungsgeld der nächstniedrigeren Wohnungskategorie. Daneben wird durch eine besondere Verordnung die Besoldung der Beamtenanwärter von 6 bis 15 v. S. über die feilherigen Kürzungssätze hinaus geführt. Der Notverordnung ist eine Erklärung des Staatsministeriums beigegeben, die die Notwendigkeit der personellen Kürzung mit den Kindererträgen der Reichsüberweisungsfunktion und der Einnahmen aus Forsten und der unerwartet starken Inanspruchnahme der Staatskasse für Jagdverpachtung begründet und weiter besagt, sie halte es angesichts der Verhältnisse für unvermeidbar, daß in absehbarer Zeit in Verbindung mit künftigen Maßnahmen zur Ausgleichung des Staatshaushalts eine weitere Kürzung der Beamtengehälter komme.

In Baden ist die entsprechende Vorlage noch Gegenstand von Beratungen, die voraussichtlich diese Woche zum Abschluß kommen.

Unter den Maßnahmen, die in den erlassenen oder noch zu erwartenden Notverordnungen enthalten sind oder sein werden, wird die Verlängerung der Anrufungsfrist um zwei Jahre besonders belämpft. Durch die oben bekanntgegebene Vorschrift, daß alle Beamten ihre am 1. September 1931 bestehenden Bezüge zwei Jahre länger als nach den geltenden Bestimmungen erhalten sollen, ist einem großen Teil der Beamten ein

besonderes Notopfer auferlegt, während die Beamten mit Einzelgehältern oder im Besitz des Endgrundgehalts hiervon verschont bleiben; die Notverordnung belastet also hier ganz ungleichmäßig. Dies ist umso schmerzlicher zu ertragen, als die Gehaltsentbehrung, die der Beamte durch das „Auf-der-Stelle-treten im Besoldungsdienstalter“ erleidet, in bestimmten Gruppen bis zu 10 v. S. seines Dienstbezugs erreicht, besonders dann, wenn mit dem Aufsteigen in die höhere Dienstaltersstufe auch das Aufsteigen in die höhere Tarifklasse des Wohnungsgeldzuschusses verbunden ist. Es wird in der Beamtenchaft auf den im Besoldungsgehalt ausdrücklich niedergelegten Rechtsanspruch auf die Dienstalterszulage verwiesen, der auch nicht durch einen Vorbehalt, wie in § 39 des Reichsbesoldungsgegesetzes vorgesehen, übergangen werden könne.

Die Maßnahme wird aber auch deshalb als ungerecht empfunden, weil sehr viele Beamte schon durch die Überleitungsbestimmungen der Besoldungsgeetze von 1927/28 schwere Schädigungen im Besoldungsdienstalter erlitten haben. Es liegen Fälle vor, in denen Beamte 23 Besoldungsdienstjahre mit einem Schlag verloren haben; daß 16 bis 20 Besoldungsdienstjahre ferner Zeit plötzlich nicht mehr anrechnungsfähig wurden, ist keine Seltenheit. Nun werden die gleichen Beamten, die damals jenen Verlust in Kauf nehmen mußten, wieder um zwei Jahre geschädigt, während durch die Verzerrung in der Dienstaltersreihenfolge womöglich Dienstjüngere schon im Endgrundgehalt sich befinden und dadurch von dem besonderen Notopfer befreit bleiben.

Die durch Rundfunk in letzter Stunde bekanntgegebene Notverordnung des Reichs macht sich die Zulagenperre ebenfalls zu eigen, so daß die Verschlechterung des Besoldungsdienstalters und die damit verbundene Besneidung der Bezüge, also auch die Reichsbeamten trifft, wobei dahinsteht, ob es bei der Verkürzung von zwei Jahren verbleibt.

Wegen der Kürzung der Bezüge der Angestellten der badischen Staatsverwaltung schwebten seit August d. J. Verhandlungen, die schließlich ergebnislos verliefen und die Anrufung der Schlichterkammer nötig machten. Diese hat am 17. September d. J. ihre Entscheidung getroffen und dabei folgendes bestimmt:

1. Die Dienstbezüge werden entsprechend der badischen Kürzung der Beamten um 5 v. S. gekürzt.
2. Angestellte, deren Kürzungspflichtige Bezüge 2600 M jährlich nicht übersteigen, sind von der Kürzung befreit. Durch die Sonderkürzung dürfen die Bezüge nicht unter den Betrag von 2600 M jährlich (216,67 M monatlich) gesenkt werden.
3. Die Angestellten des staatlichen Sicherheitsdienstes bis zur Vergütungsgruppe IX einschließlich erleiden keine Kürzung ihrer Bezüge.

In der Tabelle der Vergütungssätze werden nach der Stufe V drei weitere Sätze VI, VII und VIII eingeschoben, die Vergütungssätze mit den arabischen Ziffern 6 bis 23 erhalten die Bezeichnung 9 bis 26, gleichzeitig werden die Grundvergütungssätze neu festgesetzt. Die Änderung hat eine Verlangsamung im Aufsteigen in die höheren Stufen zur Folge. Ausgenommen hiervon bleiben die am 31. Juli 1931 vorhandenen Angestellten, die nach der Vorbemerkung II 4 (zum Reichsangehörigen) den Unterschied zwischen dem für sie zuständigen und dem 6. Vergütungssatz beziehen. Sobald sie in die Vergütungsgruppe V ihrer Vergütungsgruppe durchlaufen haben, erhalten sie endgültig den 9. Vergütungssatz und rücken von da ab nach Ablauf eines Jahres weiter vor.

Angestellte, die nach der Vorbemerkung III 2 eine persönliche Zulage in Höhe des Unterschiedes des für sie zuständigen und den 6. Grundvergütungssatz bisher bezogen haben, erhalten den Unterschied zwischen dem für sie zuständigen und dem 9. Grundvergütungssatz.

Die Grundvergütungsgruppe der jugendlichen Angestellten sind für die Vergütungsgruppe VII ermächtigt worden und beitragen nunmehr bis zum vollendeten

15.	16.	17.	18.	19.	20.	21. Lebensjahr
825	1028	1232	1435	1613	1791	1970 M.

ledige Angestellte unter 21 Jahren (oder in den ersten 8 Grundvergütungsstufen) erhalten in den Vergütungsgruppen I bis IV 50 v. S., V 40 v. S. und von VI ab 30 v. S. des Wohnungsgeldzuschusses der nächst niedrigeren Tarifklasse für den Wohnungsgeldzuschuß.

Im übrigen erhalten ledige Angestellte bis zum vollendeten 45. Lebensjahr an Stelle des in der Tabelle gekennzeichneten

Wohnungsgeldzuschusses den der nächst niedrigeren Tarifklasse. An die Stelle des Wohnungsgeldzuschusses VII treten hierbei die um 40 v. S. gekürzten Sätze.

Diese einschränkenden Bestimmungen gelten nicht für Schwerbeschädigte.

Die Änderungen werden vom 1. August 1931 an wirksam.

Verbandsstag der Post- und Telegraphenbeamten

Auf der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in Berlin (23./25. September) hielt der Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Sautter, einen Vortrag über die Bedeutung der Deutschen Reichspost für Staat und Wirtschaft. Dabei führte er u. a. aus:

Post- und Fernverkehr muß eine Aufgabe des Reiches bleiben und kann nicht Institution der Privatwirtschaft werden. Die Institutionen der Reichspost seien ein Beweis dafür, daß die so viel erörterte Reichsreform im Bereich der Reichspost ganz erheblich bereits durchgeführt ist. Die 350 000 Männer und Frauen, die bei der Reichspostverwaltung dem Deutschen Reich verpflichtet sind, stellen eine feste Stütze des Reiches dar, wie sich bei der Staatsumwälzung zeigte, als ihre Beamten es ablehnten, den Streit mitzumachen. Es ist gewiß bitter, daß auch die Postbeamten, obwohl gerade bei ihnen die Masse in den unteren Besoldungsstufen steht, in dieser Notzeit mitopfern mußten. Aber das lehnen ja die Beamten auch gar nicht ab. Sie wünschen nur eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf alle Schultern. Gerade die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik nicht der Privatwirtschaft allein überlassen bleiben kann. Der Staat muß vielmehr handeln und kontrollierend eingreifen. Dabei ist der Reichspostverkehr eine wichtige Stütze unserer Nation; über ihn werden jährlich 120 Milliarden M Bargeld abgewickelt. Die Reichspost kann weiter die Sozialpolitik beeinflussen, als Arbeitgeber von Hunderttausenden; auch zahlt sie jährlich 2 1/2 Milliarden M an die verschiedenen Renten aus. Sie schlingt ein lebendiges Band um die Volksgemeinschaft und bildet eine wichtige Finanzquelle des Reiches, dem sie jährlich 240 Millionen M abfließt, das sind 12 Prozent der Reichseinnahmen und 10 Prozent des Anlagekapitals. Als Bestandteil der Wirtschaft ist sie zugleich ihr Barometer und Großverbraucher der Güter der Privatwirtschaft. Eine hervorragende, dauernde Förderung durch die Post erfährt besonders die Technik. Der Wertbetrieb der Güter und anderer Bezüge, den das Personal, seine Pensionäre und Hinterbliebenen jährlich ausgeben, umfaßt über eine Milliarde Reichsmark. Aus dem Labrinth der Schwierigkeiten der Not und Gegenläufe führt nur der Weg opferwilliger Zusammenarbeit aller Völker und Menschen.

Änderungen in der Kriegsoberfürsorge

Hierüber wird vom Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener mitgeteilt:

Die bisherige feilwärtige Erklärung des Begriffes des freizulassenden „kleineren Vermögens“ für den Verbrauch und die Verwertung von Vermögensgegenständen vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge angunsten aller in der gegebenen Fürsorge zu betreuenden Personen ist weggefallen. Die Feststellung, wann ein kleineres Vermögen vorliegt, dessen Verbrauch oder Verwertung nicht zu verlangen ist, kann wieder nach den örtlichen und persönlichen Verhältnissen erfolgen. Weiterhin darf die Verwertung eines kleinen Hausgrundstücks von dem Hilfsbedürftigen auch dann nicht verlangt werden, wenn er allein es ganz oder zum größten Teile bewohnt. Bisher war die Freilassung nur vorgesehen, wenn es zusammen mit bedürftigen Angehörigen bewohnt wurde. Die Bestimmung, daß gegenüber Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Anspruch auf Ersatz von Fürsorgeleistungen nur besteht, wenn die soziale Fürsorge bei ihrer Hilfe die Rückzahlung der aufzuwendenden Kosten ausdrücklich ausbedingte, ist beibehalten und dahin verknüpft worden, daß die Rückzahlung nur ausbedingungen werden darf, wenn es mit Rücksicht auf Art und Zweck der Fürsorgeleistungen und die gegenwärtigen und zu erwartenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Hilfesuchenden unbillig wäre, hiervon abzugehen.

Der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten

bittet, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß sich seine Geschäftsräume, einschließlich Steuer-Barte und Krankenunterstützungskasse ab Montag, 28. September 1931, Fernin W 50, Augsburger Straße 61, befinden. Fernruf Bavaria B 4—9086.

EINTRACHT
Donnerstag, den 8. Oktober, 20 Uhr
Einmalige Veranstaltung! Nur für Erwachsene!
Film-Vortrag Dr. Baessler
„Unter Indianern Südamerikas“
Der bekannteste Forscher spricht persönlich über seine letzte gefährliche Expedition und zeigt seinen hochinteressanten Indianerfilm!
Aus dem Inhalt: I. Bergindianer: Echte Nachfahren der Inkas, Beni und Allgä. Feste, Religion und Eros. II. Wilde Indianer: Idealismus, Ueberfall auf Frauen, Tanz, Liebesleben. Ausblick auf die Zukunft. 1934 Karten zu 1,—, 1,50 und 2,— RM. im Vorverkauf in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz und bei Kurt Neufeldt Waldstraße 81.
Neueinteilung von Grundstücken in den Gewannen „Reifenröhlich“ und „Strangäcker“ in Ostersheim.
Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 4. September 1931 Nr. 9631 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgd. Nr. 2264, 334, 2283, 2284, 2285, 333, 335, 2271, 2270 und 2245 der Gewann Ostersheim verpflichtet sind, an der Neueinteilung der Grundstücke in den Gewannen „Reifenröhlich“ und „Strangäcker“ der Gewann Ostersheim nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats Ostersheim vom 4. Juli 1930 teilzunehmen. R. 656
Mannheim, den 1. Oktober 1931.
Bad. Bezirksamt — Abt. II.

19. Volkswohl-Lotterie
gezogen vom 17. bis 23. September 1931.
Von obiger Lotterie, von der das in Baden genehmigte Losquantum dem staatlichen Lotterieverwalter G. H. Ringler in Pforzheim zum Generalvertrieb übertragen war, sind folgende Losnummern mit Gewinn gezogen:
Gewinne im Werte von 100 RM: Nr. 18 940, 175 233, 250, 351 000.
Gewinne im Werte von 50 RM: Nr. 458 727.
Gewinne im Werte von 10 RM: Nr. 18 702, 512 127, 204, 591 112, 203, 785 016, 47, 105.
Gewinne im Werte von 5 RM: Nr. 115 117, 211, 287, 479, 175 360, 407, 431, 232 963, 350 626, 930, 943, 361 717, 458 547, 458 653, 473 753, 512 347, 465, 591 018, 146, 182, 201, 607 580, 815, 608 154, 633 606, 633 636, 928, 764 148, 200, 246, 466, 705 013, 463.
Gewinne im Werte von 2 RM: Nr. 18 528, 556, 612, 626, 717, 18, 72, 84, 802, 14, 840, 941, 79, 115 019, 123, 140, 42, 46, 115 150, 65, 231, 439, 456, 175 002, 27, 45, 55, 104, 107, 30, 51, 54, 82, 85, 95, 252, 62, 83, 342, 479, 232 537, 87, 97, 662, 700, 708, 58, 85, 94, 96, 808, 82, 908, 15, 61, 75, 350 527, 590, 93, 613, 35, 84, 725, 45, 62, 833, 85, 925, 52, 360 549, 86, 631, 706, 880, 914, 23, 46, 52, 95, 458 461, 92, 544, 94, 658, 83, 711, 58, 94, 473 334, 98, 99, 400, 82, 83, 91, 571, 88, 600, 15, 22, 23, 36, 723, 31, 32, 38, 92, 512 080, 101, 252, 341, 403, 78, 591 061, 31, 60, 106, 48, 58, 234, 49, 308, 46, 87, 481, 84, 607 649, 53, 704, 61, 77, 801, 48, 59, 63, 68, 96, 971, 608 027, 53, 66,

93, 157, 93, 305, 406, 18, 97, 633 578, 607, 26, 47, 76, 99, 736, 37, 820, 902, 13, 764 128, 62, 88, 97, 267, 419, 54, 535, 58, 66, 83, 97, 766 037, 90, 269, 421, 22, 33, 47, 51, 506, 59, 63, 76, 785 021, 112, 39, 210, 45, 72, 333, 63, 68, 95, 400, 19, 97.
Doppellose erhalten 2 Gewinne im gleichen Werte!
R. 654. Karlsruhe. Termin zur Abhaltung einer Versammlung der Besitzer von Schuldverschreibungen mit im Voraus bestimmten Kennwerten der im Konkurs befindlichen Aktiengesellschaft Badische Lokalbahnwerke in Karlsruhe zur Beschlussfassung über die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters im Konkursverfahren wird bestimmt auf Freitag, 23. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, Zimmer 253. Die Schuldverschreibungen sind mindestens 2 Tage vor dem Termin bei der Reichsbank zu hinterlegen und die erfolgte Hinterlegung im Termin nachzuweisen. Karlsruhe, den 3. Oktober 1931. Amtsgericht, Geschäftsstelle.
R. 247. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Mittelbadische Privat-Spar- und Darlehenskasse G.m.b.H., Karlsruhe, Schloßplatz 13, wurde, nach der am 30. September 1931 erfolgten Bestätigung des Vergleichs vom 23. September 1931, aufgehoben. Karlsruhe, den 1. Oktober 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.
Staats- und Gemeindebehörden sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der bad. Regierung der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 7. Okt. 1931
* A 5 (Mittwochmiete),
Tf.-Gem., II. S.-Gr.
und 1301—1400
Tempo über hundert
Von Cammerlohn
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Erwig, Frauenborfer, Gebel, Eisen, Baumbach, Dahlen, Gemmecke, Höder, Kienischer, Luthar, Reiner, Präter, Cortiauz, Kubz, S. Müller, Seibert
Anfang 20 Ende nach 22
Do. 8.10. Voruntersuchung.
Fr. 9.10. Die Frau ohne Schatten. Sa. 10.10. Neu einstudiert: Simon. So. 11.10. Zum erstenmal: Die Prinzessin auf dem Seil. Im Koncerthaus: Herr Lambertier.